

AGENDA-21-Kino am 26.6.2007: Einführung „A Decent Factory“

(Martin Hirte)

Heute Abend beschäftigen wir uns mit den Arbeitsbedingungen in so genannten Billiglohnländern, die wie jeder weiß mittlerweile zu einer ernsthaften Konkurrenz für die traditionellen Industrienationen geworden sind. Da die Produktionskosten und Löhne niedrig sind, haben diese Länder in der Massenproduktion deutliche Kostenvorteile.

Die hohen Gewinne aus der Billigproduktion ermöglichen es den Unternehmen in Billiglohnländern inzwischen, **auch hochwertige Produkte** billiger als anderswo herzustellen. Dadurch verlieren die Industrienationen immer mehr ihre Vormachtsstellung im Bereich der Qualitätsprodukte.

Im Jahr 2004 lag das Monatsgehalt eines deutschen Software-Entwicklers bei über 4000 Euro, während Indien bei 450 Euro lag, in Südostasien teilweise unter 100 Euro.

Diese Unterschiede entstehen zum Teil durch die **Wechselkurse**. China beispielsweise hält seine Währung im Vergleich zum Dollar sehr niedrig, um den Export und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Die niedrigen Löhne haben jedoch in den Billiglohnländern eine relativ hohe Kaufkraft, weil alle dort produzierten Güter zu niedrigem Preis zu haben sind.

Niedrige Produktionskosten sind aber bedingt durch **geringe oder fehlende Sozialleistungen** (Krankenversicherung, Rentenversicherung) und fehlender Umweltauflagen. Und sie sind möglich durch schlechte Arbeitsbedingungen: Unterbezahlung, unbezahlte Überstunden, fehlende Rechte der Arbeiter – wie wir heute noch sehen werden.

Sozialdumping

Die internationalen Handelsabkommen sind bisher nur von einem einzigen Prinzip geleitet: Dem **Freihandel**. Es spielt keine Rolle, auf welche Weise ein Land Waren auf den Weltmarkt bringt, ob durch Raubbau an der Natur oder Verletzung von Menschenrechten. Jeder kennt die Begriffe Sozialdumping oder Umweltdumping.

In ihrem neuen Bericht **„China: Die menschlichen Kosten des Wirtschaftswunders“**, beschreibt **Amnesty International** die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen die Wanderarbeiter in China zu leiden haben. Da sie nicht in der Lage sind, für ihre Kinder zu sorgen oder das notwendige Schulgeld zu bezahlen, bleibt Millionen von Kindern das Recht auf Bildung verwehrt. Sie verwaisten oder werden zur Arbeit in die Fabriken im Hinterland geschickt. Zwischen 10 und 20 Millionen Kinder arbeiten in chinesischen Fabriken, mit ansteigender Tendenz – vor allem in kleinen Subunternehmen, die für Kontrolleure nicht zugänglich sind.

Das **Südwind-Institut** (Siegburg, Träger u.a. katholische und evangelische Gemeinden) veröffentlichte im Mai 2007 das Ergebnis einer Umfrage bei Arbeitern in **chinesischen und indonesischen Kleiderfabriken**, die unter anderem große Discounter wie ALDI beliefern. Die Berichte der Arbeiter waren erschütternd: 14-Stunden-Schichtern, zwei freie Tage pro Monat, Kasernierung mit Zapfenstreich in den Gemeinschaftsschlafsälen um 22 Uhr, Geldstrafen wegen Kleinigkeiten, Misshandlungen bei 40% der Arbeiterinnen, monatelange Verspätungen bei den Lohnzahlungen etc etc – alles Maßnahmen, um bei uns Socken für 1.29 Euro oder Sommerhosen für 7 Euro auf die Wühltische zu bekommen.

Zunehmende Sensibilisierung

In den letzten Jahren sind Verbraucher und Investoren jedoch durch verschiedene Ereignisse empfindlicher geworden, was soziale Bedingungen und Umweltstandards in Billiglohnländern anbelangt.

Einschneidend waren z.B. die Presseberichte über die Firma **Nike**, die Schuhe von indonesischen Kindern in 8-Stunden-Schichten nähen ließ. Die Verbraucher strafte die Firma durch einen Kaufstreik ab, so dass empfindliche Umsatzeinbußen die Folge waren.

Soziale Verantwortung ist ein **Mittel im internationalen Wettbewerb** geworden. Unternehmen, die Kinder- oder Sklavenarbeit bei ihren Lieferanten dulden, müssen schlechtere Aktienkurse befürchten.

Die Mehrzahl der Konsumenten würde heute das soziale Verhalten der Unternehmen beim Einkauf berücksichtigen, wenn sie informiert wären.

Und es sind schon neue **Wirtschaftstheorien** im Entstehen, in denen erstmals die Bildung der Konsumenten und kritisches Konsumverhalten berücksichtigt werden - etwa in dem Buch „Die Moralisierung der Märkte“ von Nico Stehr.

Weltweite Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fordern verbindliche Sozial- und Umweltstandards für Unternehmen.

Selbstverpflichtung ohne Wert

Von der **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (OECD) wurden zwar Leitsätze zur Unternehmensverantwortung definiert, sie sind jedoch **nicht verpflichtend**. Viele Unternehmen halten sich nicht daran, und kaum eines lässt sich kontrollieren. Die Firma IKEA lehnt es z.B. ab, die Namen ihrer Zulieferer zu nennen, was die mangelhafte Transparenz dieser Firma belegt,

Große Unternehmensverbände, wie z.B. der BDI, und viele Unternehmen berufen sich auf den **Freiwilligkeitscharakter** von Sozialstandards. Solche Selbstverpflichtungen haben aber keinen Wert, da sie nicht kontrolliert werden. Meist sind es nur PR-Aktionen, um aus der öffentlichen Schusslinie zu kommen – wie etwa bei der Fir-

ma **adidas**, die in Verruf kam, als chinesische Dissidenten berichteten, sie müssten in einem Straflager Fußbälle nähen.

Vor verpflichtenden Standards im Umwelt- und Sozialbereich scheuen jedoch nicht nur die Unternehmen zurück, sondern auch die Regierungen der Schwellen- und Entwicklungsländer. Sie fürchten, dass die mangelnde Umsetzung solcher Normen den reichen Ländern den Vorwand liefern könnte, ihre Märkte für Billigprodukte zu schließen (Protektionismus).

Sozialstandards

Fest definierte Standards und gesetzliche Verpflichtungen zur Transparenz sind notwendig, damit verantwortungsbewusste Unternehmen auch als solche von den Konsumenten erkannt werden können und vom Markt belohnt werden.

Der bisher einzige weltweit anerkannte Sozialstandard für sozial verantwortliche Unternehmensführung ist der **Standard SA8000** (Social Accountability = Soziale Verantwortung). Er basiert auf der internationalen Menschenrechtskonvention und auf Artikeln der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Die **Hauptforderungen dieses Standards** sind:

- Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit
- Gewährleistung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz
- Organisationsfreiheit und das Recht auf kollektive Verhandlungen
- Begrenzung der Arbeitszeit auf 48 Wochenstunden, zusätzlich wöchentlich maximal 12 Überstunden auf freiwilliger Basis
- Ausreichende Löhne
- Managementsysteme zur Einhaltung der genannten Bedingungen, Zertifizierung durch ein anerkanntes Institut (z.B. Südwind-Institut)

Bis 2008 soll eine erweiterte Norm geschaffen werden, die so genannte **ISO 26000**, die nicht nur für Unternehmen, sondern auch für internationale Organisationen gelten soll.

Unternehmen, die sich selbst zur Einhaltung von Sozialstandards verpflichten und dies kontrollieren lassen, werden als CSR-Unternehmen bezeichnet. Diese Abkürzung liest sich **Corporate Social Responsibility** (übersetzt: Soziale Verantwortung von Unternehmen).

Seit einigen Jahren gibt es sogar einen **Dow Jones Nachhaltigkeits-Index**. In diesen Index werden nur solche Unternehmen aufgenommen, deren Geschäftsmodell aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Perspektive besonders zukunftsträchtig ist. Heute gilt der Index weltweit als Richtschnur für nachhaltige Investments.

Im September letzten Jahres hat sich in Deutschland ein Netzwerk formiert, das von Unternehmen die Einhaltung von Menschenrechten sowie international anerkannten sozialen und ökologischen Standards fordert. Es nennt sich **CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung** (CorA = Corporate Accountability). Beteiligt sind unter anderen Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, kirchliche und entwicklungspolitische Organisationen sowie Verbraucher- und Umweltverbände.

- CorA fordert vor allem von der Politik Instrumente, mit denen sich verantwortliches Handeln der Unternehmen durchsetzen lässt.
- Die Politik soll durchsetzen, dass **Unternehmen Rechenschaft ablegen über die Auswirkungen ihres Handelns** auf Umwelt, Soziales und Menschenrechte.
- Die **Vergabe öffentlicher Aufträge** darf nur an Unternehmen erfolgen, die gesellschaftliche Anforderungen erfüllen.
- Unternehmenspflichten sollen in **internationalen Wirtschaftsabkommen und bei der Wirtschaftsförderung** verankert werden.
- Unternehmen sollen gerecht zum Nutzen der Gesellschaft **besteuert** werden.
- Das CorA-Netzwerk fordert weiter **Sanktionen und Haftungsregeln** für Unternehmen.
- Die Produktverantwortung soll gestärkt und **zukunftsfähige Konsum- und Produktionsmuster gefördert** werden.

Es ist jetzt an den Regierungen, die Angelegenheit voranzutreiben. Und das sieht gar nicht so schlecht aus: Nach einer Meldung vom 14.5.2007 sollen Handelspartner der USA sollen künftig verpflichtet werden, sich an die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu halten. Eine entsprechende Vereinbarung hat die US-Regierung mit dem US-Kongress getroffen. Das wäre revolutionär, denn gerade die US-Regierung hat bisher darauf bestanden, an den Welthandel keine Bedingungen zu stellen.

Trotzdem sind wir in der Praxis noch weit von einer befriedigenden Lösung entfernt. Das zeigen die Beispiele Textilindustrie und Elektronikindustrie.

Textilindustrie

In Europa gibt es – außer in der Türkei – kaum noch Standorte für die Textilproduktion. Ein großer Teil unserer Kleidung stammt aus so genannten »Freien Exportzonen« und Hinterhof-Nähstuben der Schattenwirtschaft in über hundert Ländern der Welt.

Die **Arbeitsbedingungen** sind meist skandalös: Hungerlöhne, überlange Arbeitszeiten, sexuelle Belästigung und Verbot gewerkschaftlicher Betätigung.

Der größte deutsche und europäische Discounter **Aldi** verkauft Textilschnäppchen von chinesischen und indonesischen Zulieferern, deren Arbeitsrechte in riesigem Ausmaß verletzt werden.

Das Versandhaus Heine, ein Tochterunternehmen des Otto-Konzerns, verkaufte dieses Jahr Produkte aus Kinderarbeit.

Seit dem Ende des **Welttextilabkommens** am 31.12.2004 hat sich die Situation in der Bekleidungsbranche noch mal enorm verschlechtert. Die chinesischen Exporte in die EU und die USA stiegen massiv an. In Südafrika sollen dadurch seit Anfang 2005 über 50.000 Arbeitsplätze vernichtet worden sein, ähnlich ist die Situation in Lesotho, Sri Lanka, Guatemala etc.

Verbraucher setzen zwar zunehmend multinationale Unternehmen durch öffentliche Kampagnen unter Druck, damit diese sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern einsetzen und unabhängigen Kontrollsystemen zustimmen. Bisher konnten jedoch nur in Einzelfällen Verbesserungen erreicht werden.

Die Bekleidungsindustrie ist inzwischen so weit verzweigt, dass sie kaum noch kontrolliert werden kann – nicht einmal durch die Audit-Firmen, die mit den Kontrollen beauftragt sind.

Die beschäftigten Näherinnen haben auch zu große Angst um ihre Arbeitsplätze, als dass sie den Kontrolleuren die Wahrheit über ihre Arbeitsbedingungen anvertrauen.

Immerhin bekennen sich heute einige führende Bekleidungshandels- und Markenunternehmen zu ihrer globalen Sozialverantwortung.

Einige wenige beteiligen sich auch unabhängigen Kontrolleinrichtungen – z.B. führt die Firma **Hess** Natur Pilotprojekte für „saubere Kleidung“ durch. Vor dem Hintergrund eines verschärften globalen Wettbewerbs sind diese Erfolge aber ständig in Gefahr.

In Nürnberg gibt es – bisher einzigartig in Deutschland – eine Boutique – das „Glore“ . mit Kleidern, die ausnahmslos aus fairem Handel und ökologischem Baumwollanbau stammen.

Probleme in der Elektronikbranche

Auch die Elektronikindustrie, um die es in unserem heutigen Film geht, hält sich nicht an vorgegebene Standards.

Die Zeitung „Konsument“ hat in einem Ethik-Test über 8 Computer-Hersteller und 24 Zulieferer unter die Lupe genommen, um die Ernsthaftigkeit ihrer sozialen Verantwortung zu prüfen. Fast alle großen Computer-Hersteller haben einen freiwilligen Verhaltenskodex für ihre Lieferanten. Doch diese Standards existieren nur auf dem Papier, und ihre Einhaltung wird nicht kontrolliert. Lange Lieferketten von bis zu zwölf Zulieferern erschweren außerdem die Kontrollen. Dadurch hat sich bis heute keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Elektronik-Branche ergeben.

Die niederländische Menschenrechtsorganisation SOMO deckte Hungerlöhne, Vergiftungen, 13-Stunden-Schichten und andere katastrophale Zustände in der Elektronikbranche auf. Mobiltelefon-Hersteller wie Nokia und Motorola kaufen in großem Stil bei Firmen in Asien ein, deren Angestellte unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen – wir sehen das nachher in unserem Film.

Zu diesem Thema äußerte sich auch die Managerin für soziale und ökologische Fragen der Firma Hewlett-Packard. In einem Interview stellte sie ein Konzept von HP vor, welches die Entwicklung eines so genannten „fairen Computers“ vorsieht. Dies bedeutet, dass alle Zulieferer bestimmte Sozial- und Umweltstandards respektieren.

Laut Experten werden diese „fairen Computer“ jedoch nicht vor 2012 auf dem Markt sein.

Über eines ist man sich im hingegen jetzt schon einig: eine Nachfrage für derartige Produkte bestünde, zumal der Preis für das „faire“ Notebook nur geringfügig höher läge als bei herkömmlichen Geräten.

Fairer Handel

Ich möchte noch kurz den Fairen Handel erwähnen – ein zwar schmales, aber zunehmendes Segment, das die Einhaltung von Sozialstandards garantiert.

Im Fairen Handel werden die Preise höher angesetzt als der jeweilige Weltmarktpreis. Den Produzenten wird dadurch ein höheres und verlässlicheres Einkommen als im herkömmlichen Handel und damit ein menschenwürdige Existenz ermöglicht. In der Produktion werden internationale Umwelt- und Sozialstandards eingehalten.

Fair gehandelt werden hauptsächlich landwirtschaftliche Erzeugnisse (etwa Kaffee und Bananen), Produkte des traditionellen Handwerks und der Industrie. In jüngerer Zeit weitet sich der Faire Handel auf industrielle Produkte wie Bekleidung und Fußballer aus, und es gibt Initiativen, die ihn auf Computer, auf Erdöl, Diamanten und den Tourismus ausweiten wollen.

Für die Zertifizierung der Produkte ist die internationale Dachorganisation Fairtrade Labelling Organizations International (FLO) verantwortlich. Das Gütesiegel für Fairen Handel heißt in Deutschland und Österreich **TransFair**, Biologische Landwirtschaft ist übrigens bei den meisten Gütesiegeln nicht zwingend vorgeschrieben, doch sind bestimmte Pestizide untersagt.

Innerhalb der letzten zehn Jahre erlebte der Faire Handel weltweit einen regelrechten Boom. Einer Umfrage zufolge kaufen in Deutschland heute 5,4 Prozent der Befragten regelmäßig fair gehandelte Produkte. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung sympathisiert mit der Idee des Fairen Handels und hält sie für unterstützenswert.

Der Film

Nun aber zu unserem heutigen Film „A decent factory“ ein ehrbares Unternehmen.

Wir werden Zeugen, wie der finnische Elektronikriese Nokia zwei Frauen, Hanna Kaskinen und ihre britische Kollegin Louise Jamison, als so genannte „ethische Unternehmensberater“ zu ihrem Zulieferbetrieb nach China schickt, um dort die Arbeitsstandards zu überprüfen.

Sie werden von einem unabhängigen Filmteam begleitet. Der Regisseur ist **Thomas Balmes**, 1969 in Paris geboren, In seinen Filmen beschäftigt er sich immer wieder mit der Hegemonie der westlichen Kultur, Religion und Ethik.

Wir werden Zeugen, wie die beiden „taughen“ Damen zunächst an Kleinigkeiten herumrörgeln und die Firmenleitung gute Miene macht – wie aber im Laufe der Zeit immer mehr Details und Hintergründe der Ausbeutung ans Licht kommen, und die Herren immer nervöser werden.

Anselm Bilgri

Ich freue mich, dass Anselm Bilgri sich spontan bereit erklärt hat, zu unserem Filmgespräch zu kommen. Sein Spezialgebiet ist wertorientierte Unternehmensführung, und damit ist er heute für uns heute der richtige Mann.

Anselm Bilgri leitete 18 Jahre lang als Cellerar die Klosterbrauerei Andechs in Bayern und machte das kirchliche Unternehmen zu einer bekannten und erfolgreichen Marke.

Im Jahr 2004 trat er aus dem Kloster aus und gründete in München das „Zentrum für Unternehmenskultur“. In Seminaren und Vorträgen übersetzt Herr Bilgri die Benediktsregel in die moderne Sprache der Wirtschaft und des Managements.

Aktuelle Termine AGENDA-21-Kino und AK Lebensstile/Eine Welt bei

Lokale Agenda 21 Herrsching

c/o Indienhilfe e.V. (Kontakt: Elisabeth Kreuz), Luitpoldstr. 20, 82211 Herrsching, 08152-1231
email@indienhilfe-herrsching.de, www.indienhilfe-herrsching.de